

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Nr. 261

Dienstag den 11. November 1919

78. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Ausdrusch und Ablieferung von Brotgetreide.

Die Mühlen des Kommunalverbandes Weissen Stadt und Land bedürfen zurzeit dringend Roggen, um den Bäckern des Bezirks das für die Brotversorgung nötige Mehl zur Verfügung stellen zu können.

Es ergeht daher an die Landwirte des Bezirks die Aufforderung, im Interesse der Aufrechterhaltung einer gleichmäßigen Brotversorgung in nächster Zeit neben Weizen, wo ebenfalls notwendig gebraucht wird, insbesondere Roggen auszubringen und an die Auffäufer abzuliefern.

Der Kommunalverband behält sich eine auf die einzelnen Gemeinden und Gutsbezirke ausliegende Zwangsaufgabe für Brotgetreide vor. Diejenigen Mengen Brotgetreide, welche in der Zeit vom 8. November 1919 ab zur Ablieferung gelangen, würden auf die Zwangsaufgabe in Anrechnung kommen.

Weissen, am 8. November 1919.

Nr. 1588 W.

Kommunalverband Weissen Stadt und Land.

Fettverteilung.

Auf den Abschnitt V der Landesfettkarte werden auf die Zeit vom 10. bis 16. November 1919 50 g Butter und 80 g Margarine an die Versorgungsberechtigten ausgegeben. Der Preis für das Pfund Margarine beträgt 4,98 Mt.

Die Krankenbutterkarten sind mit 50 g Butter zu beliefern.

Weissen, am 8. November 1919.

Nr. M 73 II O.

Kommunalverband Weissen Land.

Fleischversorgung.

Im Kommunalverband Weissen Land, einschl. der rev. Städte Rössen, Lommagshaus und Wilsdruff, wird die auf Bezugsschein gegen Abgabe der jeweilig geltenden Reichsmarkenn "N" zu verabfolgende Fleischmenge für die Woche vom 10. bis mit 16. November d. J. wie folgt festgelegt:

- für Personen über 6 Jahre: 150 Gramm Fleisch mit Knochen, oder — soweit vorhanden — 120 Gramm Hackfleisch oder 150 Gramm Würst.
- für Kinder unter 6 Jahren: 75 Gramm Fleisch mit Knochen oder — soweit vorhanden — 60 Gramm Hackfleisch oder 75 Gramm Würst.

Die Londoner Konferenz für schnellste Revision des Versailler Hungerfriedens.

Kleine Zeitung für eilige Leser.
Auf die Anfrage des Obersten Rates weist die deutsche Regierung in einer Antwortnote auf die Notwendigkeit hin, die Gemeindevahlen in Oberschlesien baldmöglichst nach dem neuen Wahlgesetz vornehmen zu lassen.
Die deutsche Waffenstillstandskommission hat bisher an die Entente bereits 8000 Proteste wegen Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen gerichtet.
Die Zeichnungsfrist auf die Sparprämienanleihe ist bis zum 8. Dezember verlängert worden.
Wie amtlich bekanntgegeben wird, ist durch die Verkehre eine bedeutende Verbesserung im Kohlenabtransport erreicht worden.
In der Preussischen Landesversammlung stellte Minister Wirth mit, die Gesamtjahreskohlenförderung sei so gering, dass eine weitere Verringerung des Hausbrandes und Stillstands von Fabriken nötig werde.
Die wegen ihrer Propaganda für den Generalfeldmarschall Weisenberg in Weissen verhafteten sind wieder freigelassen worden.
Ein Silbererzwerk an Deutschland mit dem Ersuchen um wirtschaftliche Hilfe wurde leider abgelehnt, da das selbst in größter Not find.
Nach Ententeangaben ist der Zusammenbruch der russischen Wirtschaft und Substanz, soweit die Aktionen dieses Winters in Betracht kommen, endgültig.
Die bulgarische Regierung hat die bevorstehenden Mitarbeiter der Partei Radolowow verhaften lassen.

Unerschrockenheiten.

Der Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung hat die zweite Verhandlungswache hinter sich, aber seine Mitglieder werden nicht behaupten können, dass er jetzt übermäßig wertvolle Arbeit geleistet habe. Woran er scheitert, ist mit Händen zu greifen: er sollte sich darauf beschränken, Tatsachen festzustellen, ohne Rücksicht darauf, ob sie bequem oder unbequem sein mögen. In Wirklichkeit aber ist es ihm um Meinungen und Ansichten, um Schlussfolgerungen und Schuldfragen zu tun, und das ist eine parteipolitische und parteifaktische Geschäftspolitik und mehr höchst ungebührlich in den Vordergrund tritt, ist nachgerade sogar von einem linksdemokratischen Standpunkt aus nicht mehr zu verstehen.

namentlich von der Unabhängigen Partei, die ihr Frage-recht in ausgesprochen unrichtiger Weise handhaben, die den Beugen nicht nur, sondern sogar auch den Sachverständigen Zumutungen stellen, die von vorgefasstem Misstrauen eingegeben sind, deren Besserwissen die Verhandlungen in's Endlose hinausschiebt, obwohl, bei äußerem Zusehen, sich immer wieder herausstellt, dass es allenfalls auf dem Flugland und beglaubigter Zeitungsnachrichten, keineswegs aber auf irgendwie zuverlässigem, tragfähigem Material aufgebaut ist. Je mehr die Aussagen der Bernstorff und Bethmann, der Koch und Capelle die tief eingewurzelt Vorstellungen von dem ungeheuren Verschulden, das auf unserer Seite den Zusammenbruch verursacht haben soll, zu entkräften geeignet waren, desto enttäuschter zeigten sich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses — statt erleichtert aufzuatmen und es vor der ganzen Welt klar zu unterstreichen, wie gut wir uns auch bei peinlichster Nachprüfung der Handlungen und Unterlassungen unserer verantwortlichen Staatsmänner vor dem Richterstuhl der Völker sehen lassen können. Nicht, dass nicht auch auf unserer Seite Fehler gemacht worden wären: bei der Einschätzung der tausenderlei Möglichkeiten, mit denen im Kriege gerechnet werden muss, bei der Behandlung von Persönlichkeiten, deren Haltung für uns von Belang sein musste, bei der Vorbereitung und Durchführung von Entschlüssen, deren Tragweite gar nicht hoch genug zu veranschlagen war. Aber das Bemühen, die Basis für die Beurteilung dieser Dinge dadurch zu verschieben, dass man die ganze nachher gewonnene Wissenschaft seiner Kritik zugrunde legt, kann unser Ansehen in der Welt wirklich nicht wiederherstellen. Noch weniger die leidige Tendenz, den Befundungen deutscher Männer immer wieder Auslagen, Berichte, Erzählungen ausländischer Zeugen entgegenzustellen, als verdienten unsere eigenen Blutgenossen von vornherein, obwohl sie unter Eid vernommen werden, geringeren Glauben als Angehörige derjenigen Völker, die soeben erst einen Kampf auf Leben und Tod gegen uns ausfochten haben. Das alles sind sehr unerfreuliche Erscheinungen. Alle Parteien sind gleichmäßig daran interessiert, dass in dieser Weise nicht weiter verhandelt wird; der deutsche Name ist ohnedies schon so sehr belastet, dass wir uns auf öffentlichem Markt etwas weniger unbekümmert benehmen sollten.

Die Fragen des U-Boot-Krieges, bei denen in der letzten Sitzung zunächst haltgemacht wurde, achteten strenge

genommen eigentlich nicht zu dem wegenmangels, mit dem dieser Untersuchung der Untersuchungskommission beauftragt worden ist; gleichwohl wird man nur damit einverstanden sein können, dass hier so viel Aufklärung wie nur irgend möglich herbeigeführt wird. Ob es gelingen wird, die technische Seite des Problems an dieser Stelle restlos zu klären, muss den Laien überaus zweifelhaft erscheinen, trotz der Bemühungen der Herren Gothein und Straube, deren Unbefangenheit der damaligen Marineverwaltung gegenüber bestritten wird. Wohl aber müsste es möglich sein, die Wirkungen des U-Boot-Krieges mit Sicherheit festzustellen — mit jenen der verhängnisvollen Rolle, die der bekannt gewordene Geheimbericht des Grafen Czernin in dieser Beziehung auf der Gegenseite gespielt hat. Wenn nicht alles täuscht, ist hier ein ungeheurerlicher Verdrehen begangen worden — im objektiven Sinne verstanden, natürlich, denn niemand wird auch nur in Gedanken den Vorwurf erheben wollen, dass ein deutscher Politiker sich der furchtbaren Folgen bewusst gewesen sein könnte, welche die Verhandlung der Ezerntischen Denkschrift nach sich ziehen konnte. Ebenso sollte man davon Abstand nehmen, im gegnerischen Lager nach Verbrechnen zu suchen, wo es sich doch schlimmsten Falls um falsches Augenmaß, um verfehlte Berechnungen, um allzu vertrauensselige Ungläubigkeit gehandelt hat. Nur so werden wir der Wahrheit wenigstens nabekommen. Blinde Verfolgungsjagd dagegen müsste uns vollends ins Verderben stürzen.

Dr. Sy.

Der Versailler Hungerfrieden.

Die Londoner Konferenz für schnellste Revision.
Die in London abgehaltene Wirtschaftskonferenz, die sich namentlich die Bekämpfung der Hungersnot in Europa zum Ziel gesetzt hatte, ist nunmehr mit ihren Beratungen zu Ende.
Der Kongress ist der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages größtenteils verantwortlich sind für die Zerrüttung der Produktion und des Kredit und für die Gefahr, mit der die gesamte kulturelle Welt durch eine gewalttätige Revolution und durch Hungersnot bedroht wird. Er ist ferner der Ansicht, dass die Interessen aller Länder es erfordern, die Bestimmungen so schnell wie möglich zu ändern.
Der Kongress fordert daher, dass der Oberste Wirtschaftsrat seinen Mitgliedern die Möglichkeit gebietet, die